



Die große Illusion

Donald Trump verspricht massive Steuersenkungen. Der neue US-Präsident verspricht gigantische Infrastrukturausgaben. Und Präsident Trump verspricht dem US-Wahlvolk, dass er dafür sorgen wird, dass die milliardenschweren Auslandsvermögen der großen amerikanischen Unternehmen wieder *back into the USA* geholt werden, um die immensen Ausgaben zu finanzieren. Yeah!

Nun hat der 45. Präsident der USA natürlich kurzfristige und langfristige Ziele. Eines der kurzfristigen Ziele hat er mit Sicherheit erreicht: ständig zitieren Medien in aller Welt seine Pläne. Und da heutzutage nur noch die Schnelligkeit zählt, wiederholen fast alle Kommentatoren das Mantra des Präsidenten. Schürft man jedoch ein wenig tiefer, dann bleibt von den großartigen Versprechungen und euphorischen Kommentaren zu den extremst positiven Folgen der Repatriierung, der im Ausland liegenden Gelder von US-Unternehmen nicht viel übrig. Im Gegenteil: Behält der Think Tank „Center on Budget and Policy Priorities“ recht, dürfte eine Repatriierung der Auslandguthaben die US-Staatskasse tendenziell sogar belasten. Warum? Ähnlich wie eine Legalisierung von illegal eingewanderten Mexikanern weitere Immigration schürt, ermutigt eine Legalisierung von Steuertricks Alphabet, Apple und Co., Investitionen und Gewinne künftig sogar verstärkt ins Ausland zu verschieben. Gemäß einer Analyse des kongressinternen Joint Committee on Taxation von 2014 würde eine Steueramnestie bei einem Steuersatz von 5,75 Prozent dem US-Staatsbudget über elf Jahre rund 96 Milliarden Dollar vorenthalten. Ebenfalls wenig stichhaltig scheint das Argument, die repatriierten Mittel würden von US-Konzernen zur Stärkung des Binnenstandorts eingesetzt.

Das hatte bereits 2004 der damalige Präsident George W. Bush zu spüren bekommen. Bush erlaubte den Unternehmen, Auslandsgewinne zu einem reduzierten Steuersatz zurückzuholen. Die Gelegenheit wurde rege genutzt: Corporate America führte im erlaubten Zeitfenster über 300 Milliarden Dollar zurück, was ungefähr dem Fünffachen des üblichen Volumens und beinahe 50 Prozent aller Auslandguthaben entsprach. Laut dem National Bureau of Economic Research floss davon aber kaum etwas in die Realwirtschaft, obschon dies im American Jobs Creation Act of 2004 eigentlich festgelegt worden war. Vielmehr wurden pro repatriiertem Dollar zwischen 60 und 92 Cent über Dividenden und Titelrückkäufe an die Aktionäre ausgeschüttet.

Kein Wunder also, dass sich die Obama Administration den Forderungen großer US-Konzerne nach einer weiteren Steuerbefreiung widersetzte. Und was die großangelegte Steuersenkung angeht, ist die Mehrzahl der Medien vom Faktencheck so weit entfernt wie Deutschland vom Sieg beim ESC. Zwar liegt der offizielle Steuersatz für US-Unternehmen bei 35 Prozent, tatsächlich liegt die Steuerbelastung der börsennotierten Unternehmen jedoch bei lediglich 10 bis 15 Prozent. Denn das US-Steuerrecht ermöglicht großen, multinationalen Unternehmen großzügige Steuersenkungsmöglichkeiten. Zum Beispiel, wenn Unternehmen wie Apple oder Microsoft Schulden machen, um eigene Aktien zurück zu kaufen und dabei die Schuldzinsen von der Steuerschuld abziehen können. Und da die gesamten Einnahmen aus Unternehmenssteuern lediglich 11 Prozent zum US-Haushalt beisteuern, bleibt zu befürchten, dass die USA mit Präsident Trump weitaus mehr Schulden machen werden, als die meisten Experten zur Zeit vorhersehen, und dass die Zeche hierfür weitaus mehr von den Trump-Wählern beglichen werden muss, als diese zur Zeit glauben.